



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Die COP29: Milliarden für die Klimarettung – oder Blaupause für das WHO-Pandemieabkommen?

Die Klimakonferenz COP29 (Conference of Parties) in Baku, Aserbaidschan, hat in diesen Tagen nach zähen Verhandlungen ein [Ergebnis](#)¹ hervorgebracht, das ebenso gefeiert wie hinterfragt wird. UN-Klimachef Simon Stiell bezeichnete die beschlossene Finanzierung als «Versicherung für die Menschheit». Doch was auf den ersten Blick wie ein Sieg aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ein Meisterwerk der Heuchelei.

Die Abschlusserklärung zielt auf eine massive Erhöhung der Klimafinanzierung: Bis 2035 sollen jährlich 300 Milliarden US-Dollar von den reichen Ländern in die Kassen der Entwicklungsländer fließen. Zusätzlich wird eine «Roadmap» erstellt, um diese Summe schrittweise auf sagenhafte 1,3 Billionen US-Dollar jährlich zu erhöhen. Offiziell dient dieses Geld der «Anpassung an den Klimawandel» und dem Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft. Doch wem hilft das wirklich? Den Entwicklungsländern – oder vielmehr den Finanzinstituten und globalen Eliten, die längst erkannt haben, dass das aktuelle FIAT-System in einer Sackgasse steckt und neue Einnahmequellen dringend nötig sind?

Simon Stiell sprach davon, dass «Versicherungsprämien» pünktlich gezahlt werden müssten, um Milliarden Menschen zu schützen. Eine treffende Metapher: Denn wie jede Versicherung floriert auch diese nur durch stetige Geldströme – aus den Taschen der Steuerzahler, direkt auf die Konten von Banken und Fonds, die diese «Klimahilfen» verwalten. Gleichzeitig preisen die Verfechter dieses Deals die moralische Verantwortung des «Westens», historische Sünden gegenüber dem globalen Süden zu begleichen. Dabei sind es genau die Finanzeliten und Industriekonglomerate, die diese Länder seit Jahrhunderten ausbeuten – und bis heute weiter ausplündern. Ein geschickter Schachzug, um

die Lasten der systematischen Ausbeutung auf die Allgemeinheit zu verlagern.

Die Einigung über globale Kohlenstoffmärkte wird als weiterer Meilenstein gefeiert. Nach einem Jahrzehnt des Ringens soll der Handel mit Emissionsrechten endlich weltweit standardisiert werden. Klingt nach Fortschritt, aber: Wer profitiert wirklich? Kleinbauern in Afrika oder Südamerika, die sich plötzlich in einem Schuldennetz aus Zertifikaten wiederfinden, das sie weder verstehen noch kontrollieren können? Oder die grossen Konzerne, die den Markt dominieren und gleichzeitig ihre Verschmutzungsrechte mit einem grünen Anstrich versehen?

Ein weiteres Augenmerk lag auf der Notwendigkeit, erneuerbare Energien zu verdreifachen und fossile Brennstoffe abzuschaffen. Doch auch hier lauert der Teufel im Detail. Die saubere Energie mag grüner sein, doch ihre Finanzierung bleibt schmutzig. Von den Rohstoffen für Batterien bis zu den Versprechen der Technologieexporte werden die Spielregeln von den gleichen Akteuren diktiert, die bereits heute die Macht in der Hand haben.

Fazit: COP29 in Baku mag nach aussen wie ein Erfolg wirken. Doch im Inneren bleibt es ein Spiel der alten Kräfte, die das Narrativ des Klimaschutzes nutzen, um ihre Agenden voranzutreiben und ihre Kassen zu füllen.



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Und die Schweiz? Man reibt sich erstaunt die Augen

Felix Wertli, Umweltbotschafter und Delegationsleiter der Schweiz, bezeichnete den Abschluss der Klimakonferenz in Baku als [Erfolg](#)² – zumindest im Bereich der Klimafinanzierung. Das neue Ziel von 300 Milliarden Dollar jährlich bis 2035 sei wichtig, um ärmere Länder zu unterstützen und nationale Klimaziele zu fördern. Doch während Wertli von einem «guten Resultat» spricht, klingt auch Ernüchterung durch: Bei den Emissionszielen wurde ein klares Signal für strengere Vorgaben und den Abschied von fossilen Energien blockiert – offenbar von Ländern, die wirtschaftliche Konsequenzen scheuen. Und was sagt Wertli zu den 300 Milliarden? «Das reicht natürlich nicht für die gesamte Transformation.» Aber immerhin sei es ein Startpunkt, um Investitionen anzustossen.

Kritisch betrachtet bleibt die Frage: Wann will Herr Wertli eigentlich die Schweizer Steuerzahler fragen, ob sie bereit sind, diesen «Spass», also die geplanten Investitionen, mitzufinanzieren?

Während Bern (und die [SRG](#)³) offensichtlich noch die Augen vor der Realität verschliesst, hat sich international längst herumgesprochen – ausser bei den ewig gleichen Experten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) – dass der «menschengemachte Klimawandel» auf kaum belastbaren Hypothesen basiert. Statt auf echten Daten fusst das Narrativ auf einem Modell, dessen zahllose Variablen dermassen manipulierbar sind, dass das Ergebnis immer zur Agenda passt. Wenn sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger eines Tages den Taschenrechner schnappen und die tatsächlichen Kosten dieser absurden Klima-Märchen addieren, könnte der vermeintliche Erfolg von Baku sehr schnell als das entlarvt werden, was er wirklich ist: ein hochsubventionierter Bluff auf Kosten der Steuerzahler (Private und Unternehmen) und ein Geldsegen für die Erfinder des Narrativs – die üblichen Verdächtigen also.

Die Verteilungsschlüssel dafür, wer genau die schwindelerregenden Milliarden stemmen soll, wurden in Baku noch nicht finalisiert – das soll auf

der nächsten COP 2025 in Brasilien passieren. Bis dahin bleibt uns ein entscheidender Spielraum, unsere Politiker und unsere Regierung zur Rede zu stellen. Es ist höchste Zeit, dass sie uns Bürgern erklären, warum sie weiterhin die Narrative der Finanzoligarchen unterstützen und bereitwillig unsere Steuergelder für fragwürdige Agenden zusagen, ohne uns vorher zu fragen.

Noch ein letzter Gedanke: Könnte dieses Vorgehen eine Blaupause für das geplante WHO-Pandemieabkommen sein? Erst den finanziellen Bedarf festlegen, eine globale Zustimmung erzwingen und dann später durch Gremien wie die COP die Verteilung der Lasten beschliessen lassen? Die Mechanik ist perfide und effektiv: Länder werden in finanzielle Verpflichtungen gedrängt, bevor die Details – und die Konsequenzen – klar sind. Ein Musterbeispiel, wie globale Institutionen nationale Souveränität unterlaufen und ihre Agenda durchsetzen.

Baar, 28. 11.2024, das Redaktionsteam ABF Schweiz

1 <https://unfccc.int/news/this-new-finance-goal-is-an-insurance-policy-for-humanity-simon-stiell-at-close-of-cop29>

2 <https://www.srf.ch/news/international/klimakonferenz-in-baku-der-abschluss-eines-neuen-klimafinanzziels-ist-ein-erfolg>

3 <https://www.srf.ch/play/tv/nano/video/klimashowdown---wo-kommen-die-billionen-her?urn=urn:srf:video:9f3e0af1-df22-44ab-a2ac-6b7647f936fb>

Unterstützen Sie uns

Spenden Sie jetzt. Wir danken Ihnen dafür. Ergreifen Sie die Chance, sich heute für die Freiheit der Schweiz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Sie können direkt auf unser Konto einzahlen:

IBAN CH67 0078 7786 2786 2368 0
Konto-Nr. 78.627.862.368.0

Lautend auf Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz), 6340 Baar

Betreff/Referenz ABF Schweiz